

**Bolivien: Ländliches Notstandsprogramm (FDC I)
Ländliche Infrastruktur (FDC II)**

Schlussprüfung

OECD-Förderbereich	43040 / Ländliche Entwicklung	
BMZ-Projektnummer	1) BMZ Nr. 1993 66 105 2) BMZ Nr. 1997 66 049	
Projektträger	1) Fondo de Desarrollo Campesino 2) Fondo de Desarrollo Campesino Residual en Liquidation	
Consultant	1) Lokaler nationaler Consultant 2) Lokaler nationaler Consultant	
Jahr der Schlussprüfung	2005	
	Projektprüfung (Plan)	Schlussprüfung (Ist)
Durchführungsbeginn	1) 12/1994 2) 04/1998	1) 08/1995 2) 12/1998
Durchführungszeitraum	1) 36-60 Monate 2) 36 Monate	1) 48 Monate 2) 28 Monate
Gesamtkosten	1) 5,62 Mio EUR* 2) 7,00 Mio EUR*	1) 5,88 Mio EUR* 2) 6,34 Mio EUR*
Eigenbeitrag	1) 0,52 Mio EUR* 2) 0,00 Mio EUR*	1) 0,77 Mio EUR 2) 0,00 Mio EUR
Finanzierung, davon FZ-Mittel	1) 5,1 Mio EUR 2) 5,1 Mio EUR	1) 5,1 Mio EUR 2) 5,1 Mio EUR
Andere beteiligte Institutionen/Geber	1 u 2) GTZ (FZ/TZ-KV)	1 u 2) GTZ (FZ/TZ-KV)
Erfolgseinstufung	3	
• Signifikanz/Relevanz	2	
• Effektivität	3	
• Effizienz	4	

* Ohne von den Gemeinden bereitgestellte Eigenbeiträge (ca. 8-10% der Kosten des Einzelvorhabens).

Kurzbeschreibung, Oberziel und Projektziele mit Indikatoren

Der Investitionsfonds Fondo de Desarrollo Campesino (FDC) hat im Rahmen des „Programa de Inversiones para el Desarrollo Campesino“ (PIDC) Kleinprojekte der ländlichen Basisinfrastruktur (Wegen, Brücken, Kleinbewässerung, Märkte) finanziert. Das Vorhaben FDC I („Phase I“) konzentrierte sich auf besonders arme Provinzen in den andinen Departamentos La Paz, Chuquisaca, Cochabamba, Oruro und Potosi sowie in der Region Chaco. Das Vorhaben FDC II („Phase II“) hatte nur noch Maßnahmen in ausgewählten Provinzen der Departamentos Chuquisaca und Potosi sowie der Region Chaco zum Gegenstand. Durch die beiden Vorhaben sollte die Ausstattung mit landwirtschaftlich nutzbarer Infrastruktur in den Programmgebieten verbessert (Projektziel) und eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Zielgruppe (Oberziel) erreicht werden. Das Vorhaben FDC I hatte auch zum Ziel, temporäre Beschäftigung und Einkommen für die arme kleinbäuerliche Bevölkerung zu schaffen. Beide Vorhaben wurden als offene Programme als FZ/TZ-Kooperationsvorhaben im engeren Sinn durchgeführt. Hierbei lag der Schwerpunkt der TZ-Maßnahmen im Bereich der allgemeinen Trägerförderung.

Oberziel beider Vorhaben war die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Zielgruppe und damit ein Beitrag zur Reduzierung der ländlichen Armut.

Indikatoren zur Oberzielerreichung wurden bei PP nicht definiert. Das Oberziel sollte als erreicht gelten, wenn die Programmziele erreicht wurden.

Die Programmziele und Indikatoren wurden bei PP wie folgt definiert:

Phase I

Programmziele:

- (a) kurzfristig: vorübergehende Schaffung zusätzlicher Beschäftigung und Einkommen bei der Bevölkerung durch deren Beteiligung bei der arbeitsintensiven Durchführung von Vorhaben der ländlichen Basisinfrastruktur.
- (b) langfristig: Verbesserung der Produktionsbedingungen (überbetriebliche Infrastruktur) in den ländlichen Programmregionen.

Indikatoren:

- (a) kurzfristig: Lohnanteil an den Gesamtkosten der Einzelprojekte von mind. 20%.
- (b) langfristig: Anteil bei Schlussprüfung ordnungsgemäß betriebener und genutzter Anlagen bei mind. 60 %.

Phase II

Programmziel:

- (a) kurzfristig: Das kurzfristige Beschäftigungsziel wurde in der zweiten Phase nicht mehr verfolgt
- (b) langfristig: identisch mit Phase I

Indikator:

- b) Nach drei Jahren Betrieb werden mindestens 70% der erstellten Anlagen ordnungsgemäß betrieben und genutzt.

Eine gewisse Inkonsistenz im Zielsystem (Phase I) besteht darin, dass bei den angestrebten temporären Beschäftigungseffekten und daraus resultierenden Einkommenseffekten die Zielgruppe gleichzeitig zu unentgeltlichen Eigenleistungen angehalten wurde und diese zum größten Teil auch erbracht hat. Hinsichtlich des Projektzielindikators mit Bezug auf den ordnungsgemäßen Betrieb erscheint die erfolgte Anhebung in einer Folgephase als vertretbar, das Niveau jedoch mit 60 bzw. 70 % zumindest in der Phase I deutlich und in der Phase II immer noch als zu gering. Angemessen erscheint ein Niveau von mindestens 75 %

Konzeption des Vorhabens / Wesentliche Abweichungen von der ursprünglichen Projektplanung und deren Hauptursachen

Die Armutsorientierung erfolgte in der Form, dass sich die Vorhaben auf besonders arme Provinzen in den andinen Departamentos La Paz, Chuquisaca, Cochabamba, Oruro und Potosi sowie in der Region Chaco konzentrierten. Das bei PP festgelegte nachfrageorientierte Durchführungskonzept wurde bei beiden Vorhaben eingehalten.

Der Träger FDC stellte durch Ortsbesuche sicher, dass die von den Gemeinden vorgelegten Projektanträge auch den tatsächlichen Prioritäten der Nutzer sowie den Richtlinien der Programme entsprechen. Bei Bedarf wurden die Antragsunterlagen mit Unterstützung des FDC (Finanzierung eines externen Ingenieurs) überarbeitet und dann erneut zur Evaluierung eingereicht. Anschließend wurden die Einzelvorhaben in den kommunalen Entwicklungsplan aufgenommen (Nachweis der Einstellung des Eigenbeitrages in den Gemeindehaushalt). Hinsichtlich der Durchführungs- und Betriebsmodalitäten schloss der FDC Verträge mit den jeweils Beteiligten (Gemeinden, Nutzer, NGO) ab. Die Vergabe der Bauleistungen erfolgte je nach Art der ausführenden Institution entweder nach Ausschreibung, durch Direktvergabe oder in Regie. Durchführungsorganisationen während der Phase I waren zu-

nächst meist NROs. Später übernahmen Gemeinden hier eine aktivere Rolle, vor allem in der Phase II. Die häufig sehr schwachen Gemeinden wurden durch das jeweilige Regionalbüro des FDC unterstützt. Die Einschaltung lokaler, mit den örtlichen Gegebenheiten vertrauter Unternehmen wirkte positiv auf die Durchführung. Vorhandene Trägerschwächen des FDC wurden durch den Einsatz des lokalen Consultants teilweise ausgeglichen (vor allem Phase II). Allerdings führte dies mit zu einem unangemessen hohen Gemeinkostenanteil (Ist: 24 %; PP Phase I: 7 %), insbesondere wenn die aufgetretenen technischen Defizite in der Bauüberwachung und –ausführung berücksichtigt werden.

Mit Blick auf die finanzielle Transparenz zeigt sich rückblickend, dass die entsprechenden Vorstellungen bei PP zu optimistisch waren. Trotz Unterstützung des FDC durch den hier tätigen TZ-Berater, trotz einem Handbuch, in dem die jeweiligen Verfahrensschritte verbindlich niedergelegt wurden, und trotz Einsatz eines internationalen Wirtschaftsprüfers ist es zu finanziellen Unregelmäßigkeiten beim FDC gekommen. Rückblickend hat sich damit das gewählte Durchführungskonzept als nur eingeschränkt angemessen erwiesen.

Die Bauüberwachung war in beiden Phasen problematisch. Im Verlauf der Durchführung wurde darauf hin das bauüberwachende Personal der FDC-Regionalbüros aufgewertet und fallweise durch qualifizierte Ingenieure (eigene Mitarbeiter oder qualifizierte bolivianische Consultants) unterstützt. Dadurch konnten teilweise Verbesserungen erzielt, aber letztlich keine zufrieden stellende Bauüberwachung installiert werden. Die fehlende Überwachung führte in der Kombination mit starren Kostenobergrenzen zu einer Reihe von technischen Mängeln (z.B. unzureichende Ausstattung von Wegen mit Durchlässen und Furten), wodurch für einen Teil der Wege die Wartungsanforderungen höher sind, als sie bei besserem Design hätten sein müssen.

Der Durchführungszeitraum der Phase I war bei der Prüfung vorsichtig auf 5 Jahre geschätzt worden. Die institutionelle Krise der Jahre 1996/97 paralyisierte die laufenden Baumaßnahmen für ca. 1 Jahr. Nach Beendigung dieser Krise hat sich die Durchführungszeit der Projekte weitgehend normalisiert und das Vorhaben konnte in rd. 4 Jahren abgeschlossen werden. Die Durchführung der Phase II war bei PP auf rd. 3 Jahre angelegt. Tatsächlich war sie 8 Monate kürzer, da weitgehend auf planerisch vorbereitete Investitionsvorhaben zurückgegriffen werden konnte.

Für die Unterhaltung der Einzelvorhaben sind vor allem die Gemeinden verantwortlich. Trotz überwiegend ausreichender Mittel besteht hier die Neigung, Budgetmittel in erster Linie für neue Infrastruktureinrichtungen einzusetzen. Betrieb und Unterhaltung der Bewässerungssysteme und Lagerhallen ist gesetzlich nicht klar geregelt, es handelt sich um privat genutzte Anlagen, die sich aber lt. Gesetz im Eigentum der Gemeinden befinden. Trotz unklarer Eigentumsregelungen sind die Betriebsprobleme vergleichsweise gering. Die bei Kleinvorhaben existierenden traditionellen Formen der Nutzerorganisation sorgen dafür, dass diese Infrastrukturen angemessen unterhalten werden, auch wenn hierzu keine formale Regelungen (z.B. Entgelt für Bewässerungswasser, Bildung von Kassen) etabliert wurden.

Die bei PP formulierte Erwartung einer Gebührenerhebung für Betrieb und Wartung war zu Recht als Risikofaktor eingeschätzt worden. In der Praxis werden für die Instandhaltung öffentlicher Infrastrukturprojekte keine Gebühren erhoben, sondern sie wird je nach Bedarf aus den Gemeindehaushalten finanziert.

Die TZ hat den FDC über einen Zeitraum von insgesamt fast 10 Jahren (1991-1999) unterstützt. Der TZ-Berater beim FDC war anfänglich auch direkt an der Auswahl der Einzelprojekte der beiden FZ-Vorhaben beteiligt und kontrollierte deren Abwicklung. Später beschränkte sich seine Unterstützung auf die strukturelle Reform der Institution und die Erstellung von Instrumenten zur Projektsteuerung und Evaluierung. Die Kooperation mit der TZ war eng.

Eine wesentliche institutionelle Änderung betrifft den Träger FDC. Nach einer Reihe öffentlich gewordener Korruptionsfälle, deren Aufklärung lange Zeit von dem damals für den FDC zuständigen Arbeitsministerium behindert wurde, wurde der FDC im Zuge der Reorganisation der Sozialfonds in Bolivien im Jahre 2000 in eine Liquidierungseinheit überführt und schließlich ganz aufgelöst. Seit 2001 ist per Regierungsdekret das Finanzministerium für die Abwicklung des FDC zuständig und im März 2002

wurde Anklage wegen Korruptionsvorwürfen gegen verschiedene ehemals leitende Mitarbeiter des FDC erhoben. Inzwischen sind mehrere Verurteilungen erfolgt. Nach Bekanntwerden des Korruptionsverdachts beim FDC wurde ein neutraler Wirtschaftsprüfer damit beauftragt zu untersuchen, inwieweit hiervon auch die beiden FZ-Vorhaben betroffen waren. Ergebnis war, dass es zu Mittelfehlverwendungen gekommen war. Da jedoch der FDC Eigenmittel in den beiden FZ-Vorhaben eingesetzt hat, die über den vereinbarten Eigenbeiträgen lagen, konnten hierdurch die Mittelfehlverwendungen rechnerisch kompensiert werden, so dass buchhalterisch durch die aufgetretene Korruption den FZ-Vorhaben kein materieller Schaden entstanden ist.

Wesentliche Ergebnisse der Wirkungsanalyse und Erfolgsbewertung

Im Rahmen der Phase I wurden insgesamt 62 investive Vorhaben (Anteil an Gesamtkosten: rd. 72 %) , 40 projektvorbereitende Studien (Kostenanteil rd. 8 %), die z.T. im Rahmen von FDC II und auch von anderen Programmen umgesetzt wurden, und eine Fortbildungsmaßnahme durchgeführt (Kostenanteil rd. 1%). 3 investive Maßnahmen (Gesamtkosten ca. 4 % der Investitionskosten) wurden nicht fertig gestellt. Der Schwerpunkt der investiven FZ-Maßnahmen lag in den Sektoren ländlicher Wege-/Brückenbau (kostenmäßig: 73 %) und Bewässerung (kostenmäßig: 25%), hingegen hatte die Komponente Märkte/Lagerhallen fast keine Bedeutung. Im Rahmen der Phase II wurden insgesamt 33 investive Vorhaben durchgeführt. Im Unterschied zur Phase I war bei PP keine sektorale Gewichtung mehr angestrebt worden, da die Phase II noch stärker als offenes nachfrageorientiertes Programm angelegt war. Tatsächlich lag der Schwerpunkt der investiven Maßnahmen im Sektor ländlicher Wegebau (kostenmäßig 80 %). Insgesamt 4 Vorhaben (zusammen ca. 6 % der Investitionskosten) wurden nicht fertig gestellt.

Die Befragungen der Zielgruppe sowie die Besichtigungen anlässlich der örtlichen SP ergeben im Hinblick auf die Zielsetzung der Vorhabens folgendes Bild:

- Die Interventionen erfolgten in häufig sehr abgelegenen Gebieten mit hoher Armutsrelevanz. Die Bevölkerung war vergleichsweise gut in die Planung einbezogen und die Vorhaben entsprachen weitgehend ihren Prioritäten. Dies hat sich zwar generell positiv auf die "ownership" ausgewirkt, allerdings bleibt festzustellen, dass es in vielen Einzelvorhaben bislang nicht zu formalisierten Regeln für die Instandhaltung/Wartung gekommen ist. Die Mitwirkung der Zielgruppe bei der Durchführung hingegen war eher gering und auch temporäre einkommensschaffende Effekte waren eher von untergeordneter Bedeutung.
- Die Projekte werden i.d.R. gut genutzt. Von den durch einen lokalen Consultant im Rahmen der SP besuchten 29 Einzelvorhaben (Grundgesamtheit in FDC I und II: 95) befanden sich 82 % in einem mindestens zufrieden stellenden Zustand, obwohl die Wartungsaufgaben institutionell und finanziell häufig unzureichend geregelt sind. Wo vorhanden, erfolgt die Wartung allerdings überwiegend kurativ und nicht präventiv. Die Gemeinden kommen ihren Wartungsaufgaben tendenziell schleppend nach. Zwar wird die Wartung ländlicher Wege durch das nationale Arbeitsbeschaffungsprogramm PLANE zumindest tendenziell begünstigt, allerdings zeigt der geringe Anteil von Straßen in gutem Zustand in Bolivien insgesamt, dass der Transportsektor gravierende Defizite im Bereich Wartung und Instandhaltung aufweist.

Während das temporäre Beschäftigungsziel nicht erfüllt wurde, haben die in den Vorhaben geförderten Einzelvorhaben insgesamt zu einer Verbesserung der Produktionsbedingungen beigetragen, so dass wir die Projektziele als im Wesentlichen erfüllt ansehen. Entsprechend dem Zielsystem ist damit auch das Oberziel der Vorhaben als erfüllt anzusehen. Aus den entsprechenden Angaben der Zielgruppe ist zu schließen, dass folgende weiteren positiven Wirkungen von den geförderten Einzelvorhaben ausgehen:

- Der Zugang zu wichtigen sozialen/wirtschaftlichen Dienstleistungen (Schulen, Gesundheitsposten, Märkte) hat sich verbessert.

- Die Verbesserung der Bewässerungsinfrastruktur erlaubte u.a. die Einführung von neuen Kulturen, die im Wesentlichen für den Verkauf bestimmt sind. Dadurch hat sich die Einkommenssituation verbessert. Auch die Ernährungslage hat sich positiv entwickelt.
- Die verbesserte Einkommenssituation führte in den Dörfern, in denen Einzelvorhaben durchgeführt wurden, zu einer Verringerung der Migration und zu einer Intensivierung des Schulbesuchs (gleichermaßen für Mädchen und Jungen).

Insgesamt kommen wir zu folgender Beurteilung der entwicklungspolitischen Wirkungen:

- Das Projektziel einer Verbesserung der Produktionsbedingungen durch Schaffung überbetrieblicher Infrastruktur in der Projektregion wurde erreicht. Der Anteil der ordnungsgemäß betriebenen Einzelvorhaben liegt bei über 75 %. Nicht erreicht wurden die in der ersten Phase angestrebten kurzfristigen temporären Beschäftigungs- und Einkommensziele. Infolge einer Kombination von technischen Konstruktionsmängeln (Wege/Brücken) und einer in weiten Teilen institutionell nicht klar etablierten Wartung und Instandhaltung und insgesamt unzureichenden Mitteln bestehen erhebliche künftige Nachhaltigkeitsrisiken, insbesondere für die Komponente Wege/Brücken, auf die der Hauptteil der FZ-finanzierten Einzelvorhaben entfällt und für die in der nächsten Zeit umfangreichere Instandhaltungsmaßnahmen erforderlich werden dürften (periodische Unterhaltung). Insgesamt beurteilen wir die Effektivität der Vorhaben – unter Berücksichtigung des bereits erfolgten langjährigen Betriebs (Vorhaben der Phase I werden z.T. seit 10 Jahren genutzt) als insgesamt noch ausreichend (**Teilbewertung Stufe 3**).
- Die Wirkungshypothese der Vorhaben, dass eine Verbesserung der überbetrieblichen Infrastruktur in einer durch den Mangel an Transport- und langwirtschaftlicher Produktionsstruktur gekennzeichneten Projektregion geeignet ist, um positive Armutswirkungen zu erzielen, ist auch rückblickend zutreffend. Die Einzelvorhaben haben entweder direkt (Bewässerungsvorhaben) oder über den Wirkungsweg einer verbesserten Transportanbindung zu wichtigen Teilen der wirtschaftlichen (Märkte) und sozialen (Schulen, Gesundheitsstationen) Infrastruktur mittelbar zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Zielgruppe geführt. Es erscheint plausibel, die in einigen Teilen des Projektgebietes statistisch belegte Reduktion der Armut auch auf die Interventionen der beiden Vorhaben zurückzuführen. Wir bewerten die Relevanz und die Signifikanz der Vorhaben als zufrieden stellend (**Teilbewertung Stufe 2**).
- Die Produktionseffizienz beurteilen wir aufgrund der Trägerschwächen und Korruptionsvorfälle, die letztlich zur Auflösung des FDC führten, als gering. Auch die Auslegung und Ausführung der Einzelvorhaben ließ teilweise erheblich zu wünschen übrig. Als deutlich überhöht, insbesondere mit Blick auf die erbrachten Leistungen, betrachten wir die hohen Verwaltungskosten des FDC. Negativ auf die Allokationseffizienz wirkt, dass bei den Bewässerungsvorhaben die Nutzer i.d.R. keine Gebühren für das bereit gestellte Bewässerungswasser zahlen. Mit Blick auf die Wege/Brücken dürften die erzielten durchschnittlichen Verkehrszahlen wahrscheinlich zu gering sein, um eine positive gesamtwirtschaftliche Verzinsung zu erlauben. Insgesamt beurteilen wir die Effizienz des Vorhabens als nicht mehr ausreichend (**Teilbewertung: Stufe 4**).

Unter Abwägung der o.g. Kriterien bewerten wir die entwicklungspolitische Wirksamkeit des Vorhabens insgesamt als noch ausreichend (**Gesamtbewertung: Stufe 3**).

Eine signifikante Armutsorientierung und Selbsthilfeelemente waren Teil der Projektkonzeption. Die entsprechenden Wirkungen sind in hohem Maße erreicht worden. Die Begünstigten bewerteten die partizipativen Prozesse bei SP noch als gut. Partizipation/Good Governance waren ein implizites Nebenziel des Programms. Gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen erfolgten nicht und eine Verbesserung ihrer relativen Lebenssituation war bei PP nicht explizit angestrebt worden. Von den Einzelprojekten gehen keine erkennbaren negativen Umweltwirkungen aus. Das Vorhaben war nicht auf Umwelt- und Ressourcenschutz ausgerichtet.

Projektübergreifende Schlussfolgerungen

Lateinamerika – und hier insbesondere Bolivien - war mit dem Instrument der „Sozialinvestitionsfonds“ Vorreiter in der Schaffung neuer intermediärer Strukturen zur Realisierung kleinteiliger, stark armutsorientierter Investitionen auf kommunaler Ebene. Es zeigt sich jedoch rückblickend, dass bestimmte Ziele nicht im ursprünglich erhofften Umfang (temporäre Beschäftigung und Einkommenerzielung) erreicht wurden.

Institutionell zeigt sich, dass die Gründung der Sozialinvestitionsfonds als autonome rechtliche Einheiten allein nicht ausreicht, um sie von erheblicher und negativer politischer Einflussnahme ausreichend abzuschirmen. Auch eine vergleichsweise gute Bezahlung der Mitarbeiter hat sich im vorliegenden Fall als nicht ausreichend gezeigt, um wirksam Korruption innerhalb des Fonds zu verhindern.

Angesichts der hohen Korruptionsmöglichkeiten, als Folge einer Vielzahl von Gebern und einer Vielzahl von unterschiedlichen und z.T. räumlich sehr verstreuten Einzelvorhaben und der generell hohen Korruptionsanfälligkeit des Baubereiches, ist es unter Transparenzgesichtspunkten unverzichtbar, dass Sozialinvestitionsfonds über ein funktionierendes integriertes und EDV gestütztes Monitoring-system verfügen, das einen zeitnahen Überblick über alle Einzelvorhaben des Sozialinvestitionsfonds ermöglicht und deshalb als Controllinginstrument genutzt werden kann. Sollten die Prüfungsberichte externer Wirtschaftsprüfer Hinweise darauf ergeben, dass es in diesem Bereich in einem Sozialinvestitionsfonds Defizite gibt, sollte das für die finanzierenden Geber Anlass sein, ihre Förderung kritisch zu überprüfen.

Sozialinvestitionsfonds stellen i.d.R. nur Durchführungsträger für die jeweiligen Einzelvorhaben dar, für deren Betrieb und Instandhaltung nicht sie sondern Nutzergruppen bzw. untergeordnete Gebietskörperschaften (i.d.R. Gemeinden) verantwortlich sind. Erforderlich ist zum einen, dass in dem Fall, in dem die geförderten Einzelvorhaben komplementäre Inputs benötigen, die nicht durch die Nutzergruppen/Gemeinden, sondern von Sektorministerien bereit gestellt werden (z.B. Lehrkräfte, medizinisches Personal), zwischen dem Sozialinvestitionsfonds und den jeweiligen Sektorministerien eine wirksame Koordination erfolgt. Zum anderen sollte Teil der Aufgaben eines Sozialfonds auch sein, die z. T. unzureichend entwickelten Wartungs- und Instandsetzungskapazitäten auf kommunaler Ebene durch Schulungen etc. so zu stärken, dass sie in der Lage sind, die künftigen Aufgaben in diesem Bereich auch faktisch übernehmen zu können.

Sozialfonds werden, da es in der Regel die Gemeinden bzw. Nutzergruppen sind, die auf dem Antragsweg bestimmte, von den Fonds angebotene Typen von Einzelvorhaben nachfragen, als wichtiges Instrument zur Förderung der Dezentralisierung gesehen. Da die Betriebsverantwortung jedoch nicht bei den Sozialfonds, sondern bei den Nutzergruppen/Gemeinden liegt, besteht eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg entsprechender Ansätze auch darin, dass die für den Betrieb verantwortlichen Institutionen über die hierfür erforderlichen Finanzmittel verfügen. Dies setzt im Fall produktiv nutzbarer Einzelvorhaben die Zahlung entsprechender Nutzerbeiträge bzw. im Fall von Einzelvorhaben, für die keine Abgaben erhoben werden (Straßen, Schulen, Krankenstationen), die Existenz ausreichender Mittel auf Gemeindeebene voraus. Insofern dürfte ein funktionierendes System der Gemeindefinanzierung (sowohl über einen vertikalen Finanzausgleich als auch über eine kommunale Steuerhoheit bei funktionierendem Steuereinzug) eine wichtige systemische Voraussetzung für den Erfolg entsprechender Vorhaben sein.

Legende

Entwicklungspolitisch erfolgreich: Stufen 1 bis 3	
Stufe 1	Sehr gute oder gute entwicklungspolitische Wirksamkeit
Stufe 2	Zufriedenstellende entwicklungspolitische Wirksamkeit
Stufe 3	Insgesamt ausreichende entwicklungspolitische Wirksamkeit
Entwicklungspolitisch nicht erfolgreich: Stufen 4 bis 6	
Stufe 4	Insgesamt nicht mehr ausreichende entwicklungspolitische Wirksamkeit
Stufe 5	Eindeutig unzureichende entwicklungspolitische Wirksamkeit
Stufe 6	Das Vorhaben ist völlig gescheitert

Kriterien der Erfolgsbeurteilung

Bei der Bewertung der "entwicklungspolitischen Wirksamkeit" und Einordnung eines Vorhabens in die verschiedenen, oben beschriebenen Erfolgsstufen im Rahmen der Schlussprüfung stehen folgende Grundfragen im Mittelpunkt:

- Werden die mit dem Vorhaben angestrebten **Projektziele** in ausreichendem Umfang erreicht (Frage der **Effektivität** des Projekts) ?
- Werden mit dem Vorhaben in ausreichendem Maße **entwicklungspolitisch wichtige Wirkungen** erreicht (Frage der **Relevanz** und **Signifikanz** des Projekts; gemessen an der Erreichung des vorab festgelegten entwicklungspolitischen Oberziels und den Wirkungen im politischen, institutionellen, sozio-ökonomischen und –kulturellen sowie ökologischen Bereich) ?
- Wurden und werden die Ziele mit einem **angemessenen Mitteleinsatz/Aufwand** erreicht und wie ist der einzel- und gesamtwirtschaftliche Beitrag zu bemessen (Frage der **Effizienz** der Projektkonzeption) ?
- Soweit unerwünschte (**Neben-)Wirkungen** auftreten, sind diese hinnehmbar?

Der für die Einschätzung eines Projekts ganz zentrale Aspekt der **Nachhaltigkeit** wird von uns nicht als separate Bewertungskategorie behandelt sondern als Querschnittsthema bei allen vier Grundfragen des Projekterfolgs. Ein Vorhaben ist dann nachhaltig, wenn der Projektträger und/oder die Zielgruppe in der Lage sind, nach Beendigung der finanziellen, organisatorischen und/oder technischen Unterstützung die geschaffenen Projektanlagen über eine insgesamt wirtschaftlich angemessene Nutzungsdauer weiter zu nutzen bzw. die Projektaktivitäten eigenständig mit positiven Ergebnissen weiter zu führen.